



Saudi-Arabien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
28 Millionen	Muslime	95%
	Christen	4%
	sonstige	1%

Saudi-Arabien: absolute Monarchie

Das Königreich Saudi-Arabien ist eins der letzten Königreiche dieser Erde mit einem absoluten Monarchen an der Spitze. Der König allein regiert das Land. Eine Gewaltenteilung gibt es nicht. Der König ist zugleich Staatsoberhaupt und oberster Leiter der Regierung. Zugleich besitzt er uneingeschränkte Vollmacht über Polizei, Militär und Sicherheitsdienste. All dies ist in der Verfassung des Landes so festgelegt. Politische Parteien gibt es nicht. Der Schura-Rat, eine beratende Versammlung, die den König in seiner Regierungsarbeit unterstützt, hat nur wenige Kompetenzen.

Im Januar 2015 ist der König des Landes, Abdullah bin Abdulasis Al-Saud, im Alter von 91 Jahren verstorben. Er war der sechste König seit Gründung der saudischen Monarchie im Jahr 1932. Der neue König ist Salman bin Abdulaziz Al Saud. Er ist ein Halbbruder des verstorbenen Königs und war bei seiner Thronbesteigung 79 Jahre alt. Da sein Gesundheitszustand angeschlagen ist, muss man davon ausgehen, dass er nur ein Übergangsmönarch ist.

Im April 2015 hat König Salman seinen Neffen, Prinz Mohammed bin Naif bin Abdulaziz Al Saud, zum Kronprinzen ernannt. Prinz Mohammed ist Innenminister des Landes und schon seit Jahren in wichtigen Funktionen mit der Inneren Sicherheit des Landes, vor allem auch mit der Bekämpfung des Terrorismus, betraut.

... und Wiege des Islams

Der Herrscher Saudi-Arabiens trägt über sein eigenes Land hinaus eine besondere Verantwortung in der islamischen Welt. Denn die zwei heiligsten Stätten des Islams, Mekka und Medina, liegen in Saudi-Arabien. Das zentrale Heiligtum des Islams, die Kaaba, liegt in der Stadt Mekka, wo Mohammed, der Gründer des Islams, geboren wurde. Mekka ist die heiligste Stadt für die Mus-



Saudi-Arabien

lime. Danach kommt Medina, wo Mohammed mit seinen Gefährten 622 die erste muslimische Gemeinschaft gegründet hat und wo er auch begraben ist.

Vor diesem Hintergrund versteht sich der König Saudi-Arabiens als „Hüter der heiligen Stätten“ und oberster Wächter über den Islam, als Wächter über die wahre und reine Lehre des Islams.

Islam ist Staatsreligion

Der Islam ist Staatsreligion in Saudi-Arabien. Der Koran und die Scharia, das islamische Recht, bilden die Grundlage des Staates.

Die öffentliche Ausübung jeder anderen Religion außer dem Islam ist in Saudi-Arabien verboten. Gotteshäuser und Gebetsstätten für andere Religionen gibt es im ganzen Land nicht.

Dabei leben und arbeiten in Saudi-Arabien mehrere Millionen Gastarbeiter, vor allem aus dem asiatischen und afrikanischen Raum, viele von ihnen regulär, viele andere aber auch unregistriert. Es gibt Schätzungen, nach denen die Zahl dieser Arbeitsmigranten bei über zehn Millionen liegen könnte. Mindestens ein oder zwei Millionen dieser Menschen gehören einer nicht-muslimischen Religionsgemeinschaft an, haben aber keinerlei Möglichkeit, ihre Religion im öffentlichen Raum zu praktizieren. Religionsfreiheit gibt es für sie nicht, dieses grundlegende Menschenrecht wird ihnen vorenthalten.

Keine Religionsfreiheit für Nichtmuslime

In den letzten Jahren haben saudische Funktionäre mehrfach erklärt, dass Nichtmuslime im privaten Rahmen Gottesdienste feiern dürfen. Die genaue Bedeutung von „privat“ bleibt dabei vage. Die saudi-arabische Regierung erklärte, solange Treffen von Nichtmuslimen in kleinen Gruppen und in Privaträumen abgehalten würden, würden die Sicherheitskräfte nicht einschreiten. Diese offizielle Haltung wird aber häufiger verletzt, denn es gibt immer wieder Fälle, in denen die Religionspolizei bei solchen Gebetstreffen einschreitet und die Versammlungen auflöst. Außer den genannten Äußerungen von staatlicher Seite gibt es bislang keine gesetzlichen Regelungen zu diesem Bereich.



Kirchenbau verboten

Im März 2012 rief ein islamisches Rechtsgutachten (Fatwa) des Großmuftis von Saudi-Arabien internationale Kritik hervor. Großmufti Scheich Abdul Aziz bin Abdullah hatte auf eine Anfrage von kuwaitischen Abgeordneten erklärt, es sei verboten, weitere Kirchen auf der Arabischen Halbinsel, also auch in den Golfstaaten, zu bauen. Darüber hinaus forderte der Rechtsgelehrte mit seiner Fatwa dazu auf, sämtliche Kirchen auf der Arabischen Halbinsel zu zerstören. Der hochrangige Rechtsgelehrte begründete diese Weisung, die nicht im Koran zu finden ist, mit einem Ausspruch Mohammeds (Hadith).

Die Österreichische Bischofskonferenz hat diese Fatwa scharf kritisiert. Christoph Kardinal Schönborn, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, sagte vor Journalisten: „Diese Fatwa ist für uns Bischöfe völlig inakzeptabel und auch nicht nachvollziehbar. Wir verlangen eine offizielle Erklärung und eine eindeutige Bejahung von Kirchen und Christen in dieser Region.“ Weiter betonte er: „So wie die katholische Kirche in Österreich und überall auf der Welt für die Religionsfreiheit eintritt, erwartet sie umgekehrt, dass auch auf der Arabischen Halbinsel das Recht auf Religionsfreiheit beachtet und respektiert wird. Wir Bischöfe erwarten von den religiösen und politischen Führungskräften der muslimischen Welt eine klare Zurückweisung der Fatwa des saudischen Großmuftis.“

Auch der damalige Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, brachte „Besorgnis und großes Befremden“ zum Ausdruck. Der Großmufti lasse „jeden Respekt für die Religionsfreiheit und das friedliche Zusammenleben der Religionen vermissen“. Auch Zollitsch forderte die hochrangigen politischen und religiösen Führer in der muslimischen Welt auf, den Erlass des saudi-arabischen Großmuftis eindeutig zurückzuweisen. Für die katholische Kirche in Deutschland gelte weiterhin: „Wir treten mit Entschiedenheit für die Religionsfreiheit aller Menschen in unserem Land ein. Und mit nicht geringerem Nachdruck fordern wir die gleichen Rechte für Christen in jenen Ländern, in denen die Muslime die Mehrheit stellen.“



Saudi-Arabien

Islamische Verhaltensweisen auch für Nichtmuslime

Zum Beginn des Fastenmonats Ramadan veröffentlichte das saudi-arabische Innenministerium im Juli 2012 in der Hauptstadt Riad eine Vorschrift, in der Nichtmuslime aufgefordert werden, während des Fastenmonats tagsüber nicht in der Öffentlichkeit zu trinken, zu essen oder zu rauchen. Die nichtmuslimische Bevölkerung solle „Respekt für die Gefühle der Muslime und ihre religiösen Riten zeigen“. Personen, die sich nicht daran hielten, riskierten die berufliche Kündigung und Ausweisung aus dem Staat.

Schiiten: Bürger zweiter Klasse

Die rund drei Millionen Schiiten stellen gut 10 Prozent der Gesamtbevölkerung von Saudi-Arabien. Die meisten von ihnen leben im Osten des Landes, am Persischen Golf, wo sich auch die großen Ölvorkommen befinden. Eine weitere Gruppe lebt im Südwesten, an der Grenze zum Jemen.

Schiiten werden in Saudi-Arabien als Bürger zweiter Klasse behandelt. In der saudischen Regierung gibt es keine schiitischen Minister, und nur fünf der 150 Mitglieder der Schura (Konsultativrat) gehören dieser Glaubensgemeinschaft an. Nur sehr wenige Schiiten bekleiden wichtige Ämter in den staatlichen Institutionen oder in den Sicherheitsdiensten. In bestimmten Berufen dürfen Schiiten nur mit Einschränkungen tätig werden. Obwohl in jüngsten Jahren ein geringer Fortschritt verzeichnet wurde, wie die Erlaubnis, in der Stadt Katif das für Schiiten bedeutsame Ashura-Fest zu feiern, bleibt das Feiern schiitischer Feste in anderen Gebieten verboten.

Ein Problem stellt auch die religiöse Erziehung in den Schulen dar. Im Religionsunterricht wird nur der sunnitische Islam gelehrt, und zwar in der wahhabitischen Auslegung. Schiitischer Religionsunterricht ist dagegen in den Schulen nicht vorgesehen.

Die saudische Regierung hat in der Vergangenheit die Schließung mehrerer schiitischer Versammlungshallen (Hussainia) veranlasst. Schiitische Forderungen, diese wieder zu eröffnen, blieben bislang erfolglos.

Nach strenger sunnitischer Lehre werden die Schiiten als häretische Sekte und



als Ungläubige angesehen. In Gerichtsverfahren werden Schiiten daher oft strenger behandelt als Sunniten.

Wegen der verbreiteten Diskriminierung und Unterdrückung der schiitischen Minderheit ist das Verhältnis zwischen Sunniten und Schiiten in Saudi-Arabien von Spannungen geprägt.

Religionswechsel streng verboten

Ein Religionswechsel vom Islam hin zu einer anderen Religion wird als „Abfall vom Glauben“ (Apostasie) angesehen und ist gesetzlich verboten. Er wird gemäß traditioneller islamischer Lehre mit dem Tod bestraft, es sei denn, der Konvertit widerruft seinen Religionswechsel und kehrt zum Islam zurück.

Lage der Christen

Die Christen, die in Saudi-Arabien leben, sind fast ausschließlich Gastarbeiter. Viele von ihnen stammen aus Indien oder von den Philippinen. Oft leiden sie unter schwierigen Arbeitsbedingungen und werden schlecht bezahlt. Christliche Missionierung ist in Saudi-Arabien nicht möglich. Werden christliche Missionare aufgegriffen, droht ihnen die Abschiebung oder gar die Inhaftierung.

Die katholische Kirche in Saudi-Arabien

Saudi-Arabien gehört zusammen mit den Ländern Bahrain, Katar und Kuwait zum römisch-katholischen Apostolischen Vikariat Nördliches Arabien. Apostolischer Vikar ist Bischof Camillo Ballin MCCJ aus Italien. Er lebt in Awali, 20 km südlich von Manama, der Hauptstadt des Königreichs Bahrain.

In ganz Saudi-Arabien gibt es keine Kirchen und Pfarreien. Die katholische Kirche in Saudi-Arabien respektiert nach eigenen Angaben den besonderen Charakter des Landes als Hüter der heiligen Stätten des Islam. Das katholische kirchliche Leben spielt sich dementsprechend in einem sehr engen Rahmen ab. Diplomatische Beziehungen zwischen dem Vatikan und Saudi-Arabien gibt es nicht.



Saudi-Arabien

Vorfälle und wichtige Entwicklungen

Februar 2013: In einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ kritisierte der Bischof von Mainz, Karl Kardinal Lehmann, die religiöse Intoleranz in vielen muslimischen Staaten: „Wenn Muslime hier bei uns eine Moschee bauen können so hoch wie der Kölner Dom, dann möchte ich wenigstens in Saudi-Arabien eine Predigt halten können, ohne verhaftet zu werden. Auf dieses Gleichgewicht der Rechte kommt es im Verhältnis zwischen Islam und Christentum an. In Saudi-Arabien haben wir zum Beispiel ein solches Gleichgewicht nicht.“ Grundsätzlich bekannte sich Lehmann zum interreligiösen Dialog: „Wir suchen grundlegend den Dialog mit dem Islam. Gerade Papst Benedikt XVI. hat diesen Dialog stark befördert. Schwierig wird es, wenn die muslimische Religion für ganz andere Zwecke instrumentalisiert oder Religion so verbreitet wird, dass sie keine Religionsfreiheit mehr bietet. Da sind dann klare Worte nötig.“

Februar 2013: In der Stadt Dammam im Osten Saudi-Arabiens wurden 53 äthiopische Christen verhaftet. Sie hatten sich in einem Privathaus zum Gebet zusammengefunden. Das Treffen wurde von der Religionspolizei aufgelöst.

April 2013: Der saudische König Abdullah bin Abdulasis Al-Saud schrieb einen persönlichen Brief an Papst Benedikt XVI., der dem Papst vom saudischen Botschafter in Italien überreicht wurde. Über den Inhalt des Briefes machte der Vatikan keine näheren Angaben. Saudi-Arabien unterhält keinerlei diplomatische Beziehungen zum Vatikan. In den vergangenen Jahren hat König Abdullah allerdings mehrfach Signale der Öffnung an die katholische Kirche geschickt. Im November 2007 wurde König Abdullah von Papst Benedikt XVI. im Vatikan zu einer Audienz empfangen. Im November 2012 wurde auf eine Initiative von König Abdullah hin in Wien das internationale König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (King Abdullah bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue – KAICIID) eröffnet. Es ist gedacht als weltweit aktives Dialogforum für die Weltreligionen. Die Einrichtung basiert auf einem völkerrechtlichen Abkommen zwischen Spanien, Österreich und Saudi-Arabien und wird von Saudi-Arabien finanziert. Geleitet wird das Dialogzentrum von einem neunköpfigen Aufsichtsrat, mit Vertretern der fünf Weltreligionen Christentum, Islam, Judentum, Buddhismus und Hinduismus. Auch der Heilige Stuhl



ist an diesem Dialogprojekt beteiligt: Er ist im Aufsichtsrat vertreten durch den Sekretär des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Miguel Angel Ayuso Guixot. Der Comboni-Pater und Islamwissenschaftler hat in dem Gremium Beobachterstatus. Vor der Eröffnung hatte Vatikansprecher Federico Lombardi erklärt, das König-Abdullah-Zentrum sei eine unabhängige, internationale Institution und ein Ort des Dialogs. Es sei gut, dass der Vatikan dort vertreten sei. Der Vatikan werde sich in dem Zentrum für die „fundamentalen Rechte“ der christlichen Minderheiten in islamischen Ländern einsetzen. Ziel sei eine Förderung der „Religionsfreiheit in ihren verschiedenen Ausdrucksformen“. Das Zentrum biete dafür einen „geeigneten Raum“.

Mai 2013: Bei einer Begegnung mit Abgeordneten des Europaparlamentes in Brüssel verteidigte der Justizminister von Saudi-Arabien, Mohammed Al-Issa, das Kirchenbauverbot in seinem Land. Als „Wiege der heiligen Stätten des Islam“ könne das Königreich Saudi-Arabien anderen Religionen die Errichtung von Gotteshäusern nicht gestatten. Diese Äußerungen des saudi-arabischen Justizministers wurden von der „Initiative Liberaler Muslime Österreich“ scharf kritisiert, sie seien „diskriminierend, rassistisch, gegen die Menschenrechte und die Religionsfreiheit gerichtet“.

Juni 2013: Die „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ (OIC) sprach sich in Dschidda in Saudi-Arabien, wo die Organisation ihren Sitz hat, gegen die Zerstörung religiöser Stätten aus. Die Vertreter von 57 islamischen Staaten, die dem Verband angehören, äußerten ihre tiefe Besorgnis über die Zerstörung von Heiligtümern und Gebetsstätten im Bürgerkrieg in Syrien. Nach Aussagen des Generalsekretärs Ekmeleddin Ihsanoglu setzen sich die OIC-Staaten für Toleranz und Respekt gegenüber religiösen Symbolen und Stätten der verschiedenen Glaubensrichtungen ein. Besonders beklagten die islamischen Staaten die Verwüstung des Grabes von Hujr ibn Adi, eines vor 14 Jahrhunderten gestorbenen Gefährten des Propheten Mohammed.

Juni 2013: In Rom trafen sich Vertreter des Vatikans und Saudi-Arabiens zu einer Konferenz über Religionsfreiheit. Der Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Jean-Louis Kardinal Tauran, sagte gegenüber Radio Vatikan zu dem Treffen: „Ja, wir haben über Religionsfreiheit gesprochen, über Kultfreiheit – natürlich mit ausgesprochener Vorsicht, denn das sind sehr delikate Themen. Man kann sie allerdings auch nicht ignorieren,



Saudi-Arabien

schließlich kennen alle die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet. Wir haben in dieser Hinsicht auch keine besonderen Beschlüsse gefasst.“ Von saudischer Seite nahm unter anderem Ahmad al-Rifaei als Dialogbeauftragter an der Konferenz teil. Er ist Präsident eines internationalen islamischen Dialogforums. Auf der Konferenz wurde auch darüber beraten, wie Religionsgemeinschaften sich in säkularen, vom Materialismus geprägten Gesellschaften verhalten sollen. Wichtig für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben sei die Erziehung der jungen Generation, so Kardinal Tauran: „Uns ist klargeworden, wie wichtig ein Religionsunterricht für junge Leute ist. Probleme entstehen oft aus Ignoranz. Wir sind zwar um einen Clash der Kulturen herumgekommen, aber jetzt müssen wir den Clash der Ignoranzen verhindern! Wir brauchen also eine Art und Weise, um andere Religionen jeweils mit Respekt und Präzision zu beschreiben.“ Der Kardinal machte aber auch deutlich, wie mühevoll sich der interreligiöse Dialog gestaltet: „Nach Jahren und Jahren des interreligiösen Dialogs besteht unser größter Kummer darin, dass alle Ergebnisse, die wir erzielen konnten – und manchmal geschah das unter großen Opfern – doch nie auf Gesetzes-, Verwaltungs- und Straßenniveau umgesetzt worden sind. Dadurch bleibt der interreligiöse Dialog auch heute noch ein Elitenprojekt. Man müsste irgendwie einen Weg finden, um das Erreichte – das ja vorhanden ist, auch wenn es vielleicht nicht viel wiegt – durchdringen zu lassen: zur Straße, zu den Schulen und Universitäten, zu den Behörden und zu denen, die die Gesetze formulieren.“

Oktober 2013: Wie der katholische Nachrichtendienst Fides berichtete, sprach sich der Großmufti von Saudi-Arabien, Scheich Abdul Aziz bin Abdullah, für eine Zerstörung von Kirchen auf der Arabischen Halbinsel aus. Es entspreche dem islamischen Recht, so der islamische Religionsgelehrte, solche Kirchen in dieser Region abzureißen, da allein der Islam dort legitime Religion sei. Der Mufti äußerte sich gegenüber einer Delegation aus Kuwait, wo – anders als in Saudi Arabien – christliche Kirchen existieren. Kuwaitische Politiker hatten kurz zuvor ein Gesetz gegen den Bau neuer Kirchen gefordert, nachdem in den Monaten zuvor neue Kirchen in Dubai und in den Vereinigten Arabischen Emiraten eingeweiht worden waren.

Dezember 2013: Mit ungewöhnlicher Schärfe verurteilte Großmufti Scheich Abdul Aziz bin Abdullah Selbstmordattentate militanter Islamisten. Anlass war ein Terroranschlag, der Anfang Dezember von Islamisten aus Saudi-Ara-



bien im Jemen verübt worden war. Dabei waren 56 Menschen ums Leben gekommen. „Sich selbst im Namen des Islam in die Luft zu sprengen, ist ein großes Verbrechen“, sagte der oberste Rechtsgelehrte Saudi-Arabiens nach Angaben von Asianews bei einer Konferenz in der saudischen Hauptstadt Riad. Schon bei früheren Gelegenheiten hatte der Großmufti Terrorismus als unislamisch verurteilt.

Mai 2014: Laut Angaben von Asianews hat die islamische Universität in der saudischen Hauptstadt Riad Schriften und Bücher der Muslimbruderschaft verboten. Das Verbot gilt auch für Gruppen und Bewegungen, die der Muslimbruderschaft nahestehen, zum Beispiel für die Al-Nusra-Front, die in Syrien gegen das Assad-Regime kämpft. Von Saudi-Arabien gefördert werden dagegen salafistische Bewegungen, deren Gedankengut große Übereinstimmungen mit dem in Saudi-Arabien dominanten Wahhabismus aufweist.

September 2014: Auf einem Krisengipfel von hochrangigen Kirchenvertretern aus dem Nahen Osten in Washington dankte der Präfekt der Ostkirchenkongregation, Leonardi Kardinal Sandri, Islamvertretern, die die sich klar vom Terror des „Islamischen Staates“ abgegrenzt hatten. „Wir möchten ihnen danken und hoffen, dass viele ihrem Beispiel folgen werden, damit kein Schweigen missverstanden werden kann“, so der Kardinal in seiner Eröffnungsansprache zu der Konferenz unter dem Titel „In Defense of Christians“. Er lobte in diesem Zusammenhang den Großmufti von Saudi-Arabien und den Großmufti der ägyptischen Al-Azhar-Universität in Kairo, die den IS-Terror beide deutlich verurteilt hatten. Auch „verschiedene Imame in Großbritannien und Italien“ hätten sich deutlich vom Islamischen Staat distanziert, so Sandri weiter.

September 2014: Wie Radio Vatikan berichtete, unterzeichneten hochrangige Vertreter von Saudi-Arabien, Spanien, Österreich und dem Vatikan bei einem Treffen in New York eine gemeinsame Erklärung, in der sie jeder Gewalt aus religiösen Motiven eine Absage erteilten. Organisiert wurde die Veranstaltung vom „Internationalen Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog“ (KAICIID), das seinen Sitz in Wien hat und von Saudi-Arabien, Spanien und Österreich gemeinsam getragen wird. Der Vatikan hat in dieser Organisation als Gründungsmitglied einen Beobachterstatus („Founding Observer“). „Wir glauben an die Heiligkeit des Lebens und an die inhärente



Saudi-Arabien

Würde des Menschen“, bekräftigt der Text, der sich auch ausdrücklich zur UNO-Menschenrechtserklärung bekennt. Weiter heißt es: „Wir verurteilen bewaffnete Gewalt in der Welt, und erst recht solche, die im Namen von Religion ausgeübt wird ... Wir wenden uns gegen eine Instrumentalisierung von Religion, um Krieg zu führen. Wir verurteilen aufs Schärfste Terrorismus in jedweder Form ... Und wir verurteilen Hass-Reden und Extremismus, der zu Gewalt anstachelt und Vorurteile befördert.“ Für Saudi-Arabien wurde die Erklärung von Außenminister Prinz Saud al-Faisal unterzeichnet; für Österreich beziehungsweise Spanien firmierten die Außenminister Sebastian Kurz beziehungsweise Gonzalo de Benito Secades. Saudi-Arabien ist einer der wichtigsten Geldgeber für das Wiener Dialogzentrum. Für den Vatikan unterzeichnete Pater Miguel Angel Ayuso Guixot die Erklärung; er vertrat den Päpstlichen Rat für Interreligiösen Dialog.

September 2014: Erneut kam es zu einem Übergriff der Religionspolizei gegen Christen, diesmal in der Ölstadt Chafdschi an der Grenze zu Kuwait. Wie die Nachrichtenagentur „Mideast Christian News“ berichtete, wurden 27 Personen verhaftet, die sich in dem Haus eines Inders zu einem christlichen Gebetsgottesdienst versammelt hatten. Unter den Festgenommenen waren auch Frauen und Kinder. Bibeln und Musikinstrumente wurden konfisziert. Bei den Christen handelte es sich um Arbeitsmigranten aus anderen Ländern und ihre Familienangehörigen.

November 2014: Das Religionsministerium in Riad kündigte an, künftig würden die Facebook- und Twitter-Accounts von Imamen und Predigern auf extremistische Inhalte überprüft. Wie die Zeitung „Arab News“ berichtete, habe man Beratungen mit Religionsgelehrten und Studenten geführt, um ein Problembewusstsein für „Abweichler und irregeleitete Personen“ in sozialen Netzwerken zu schaffen. Die Regierung plane weitere Maßnahmen, um extremistische religiöse Botschaften im Internet einzudämmen. Dazu gehöre die Kampagne „Al-Sakeena“, in deren Rahmen Experten in Online-Foren, Chats und sozialen Netzwerken für einen moderaten Islam werben, sowie ein Projekt namens „Tech-Mosque“, das verbindliche Lehrinhalte des Islam verbreiten soll.

November 2014: Bei einer interreligiösen Konferenz in Wien unterzeichneten Religionsvertreter aus der arabischen Welt – Scheichs, Imame und Bischöfe



– eine Erklärung, in der sie die von der islamistischen Bewegung „Islamischer Staat“ (IS) im Namen der Religion verübte Gewalt verurteilten. In dem Text wird die christlich-muslimische Koexistenz als „eine der Hauptsäulen der arabischen Zivilisation“ bezeichnet. „Wir rufen auf zur Beibehaltung der Diversität in den arabischen Gesellschaften, die unser Erbe seit Jahrtausenden ist“, heißt es in der Erklärung, die von mehr als einhundert Religionsvertretern unterzeichnet wurde. Darunter unter anderem der chaldäisch-katholische Patriarch von Bagdad, Raphael Louis Sako, und der Scheich der Abdulaziz-Universität in Dschidda in Saudi-Arabien, Abdallah bin Mahfudh bin Bayyah. Für den Vatikan nahm der Sekretär des Päpstlichen Dialogrates, Pater Miguel Ayuso Guixot, an der Konferenz teil.

September 2015: Die arabischsprachige September-Ausgabe der US-Zeitschrift „National Geographic“ durfte in Saudi-Arabien nicht erscheinen. Grund: Die Titelseite zeigte Papst Franziskus von hinten in der Sixtinischen Kapelle. In Saudi-Arabien ist das öffentliche Zeigen oder Tragen von nicht-muslimischen religiösen Symbolen oder Bildern streng verboten.

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Arab News
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)
Bild am Sonntag
Deutsche Welle (DW): www.dw.com
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Human Rights Watch
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Mideast Christian News
Radio Vatikan, Newsletter
Union of Catholic Asian News (UCAN)
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015
ZENIT (Nachrichtenagentur)